

Krankenkassen-Deal droht Absturz

Das Parlament ringt um Regeln für die Vermittlung von Krankenkassen. Was als positive Eigeninitiative startete, könnte in einer Bruchlandung enden – zum Leidwesen der Versicherten.

Stefan Bühler und
Anna Wanner

Im Herbst klingelt das Telefon häufiger. Dann werfen die Versicherungsvermittler ihre Netze aus, um neue Kundinnen und Kunden zu fangen. Sie telefonieren teilweise wahllos Personen ab. Die Anrufe sind für viele lästig. Und doch scheinen sie bei so manchen zu verfangen. Sonst wäre es nicht erklärbar, wieso das Geschäftsmodell weiterhin funktioniert – und auch betrieben wird.

Kampf zwischen Kassen und freien Vermittlern

Die Krankenkassen haben indes längst gemerkt, dass die Telefon-Werbung dem Image der Branche schadet. Sie haben 2015 eine Vereinbarung getroffen und sich selber Regeln auferlegt. Eine gewisse Wirkung blieb nicht aus. Um rund 60 Prozent gingen die Vermittleranrufe zurück. Allerdings halten sich nicht alle Kassen an die Vereinbarung. Das müssen sie auch nicht, sie ist nämlich freiwillig.

Das Parlament wollte die Regeln verbindlich machen und

verlangte vom Bundesrat, die Branchenlösung für allgemeingültig zu erklären. Namentlich, um die Kaltakquise zu verbieten. Das sind Werbeanrufe bei Personen, die nie bei der Krankenkasse versichert waren. Weiter sollen die Vermittlerinnen und Vermittler ausgebildet und zur Qualitätssicherung Beratungsprotokolle erstellt werden. Ausserdem ist die Entschädigung in der Branchenvereinbarung gedeckelt: Für die Vermittlung einer Grundversicherung sollen höchstens 70 Franken in Rechnung gestellt werden. Für eine Zusatzversicherung maximal eine Jahresprämie.

National- und Ständerat sind einverstanden, die Branchenvereinbarung ins Gesetz zu giessen. Trotzdem scheint das Vorhaben plötzlich akut bedroht: Eine Differenz zwischen den beiden Räten könnte die ganze Vorlage zum Absturz bringen.

Was ist passiert? Damit das neue Gesetz in Kraft treten kann, müssen ihm Nationalrat und Ständerat zustimmen. Die Diskussionen verliefen in bei-

den Kammern unterschiedlich. Doch nun haben sich die Räte bis auf zwei Punkte geeinigt, wie Mitte-Nationalrat Lorenz Hess sagt. Bei der verbleibenden Differenz geht es um die Gleichstellung von internen und externen Vermittlern, sogenannten Brokern. Interne Vermittler sind bei einer Krankenkasse angestellt, Broker arbeiten frei. Gerade für Letztere habe die Branche Anforderungen an die Ausbildung gestellt, sagt Lorenz Hess, der Verwaltungsratspräsident der Visana-Gruppe: «Externe Vermittler, die nicht qualifiziert sind, ärgern die Leute am Telefon am meisten.»

Der Ständerat stimmte diesen Bedingungen zwar zu. Er entschied aber, die Vorlage noch zu verschärfen: Die Ausbildungspflicht sowie der Deckel bei Entschädigungen sollen auch für interne Vermittler gelten. Wer nur die externen Vermittler reguliere, schaffe ein Schlupfloch für die Versicherer, erklärte SP-Ständerat Hans Stöckli: Es sei kein Zufall, dass Krankenkassen externe Vermittlerbüros aufkaufen und so

den internen Vertrieb stärken. So könnten sie elegant die Regeln der Branchenvereinbarung umgehen. Stöckli überzeugte damit eine Mehrheit des Rats.

SVP-Buebetrickli, um Vorlage abzuschliessen?

Lorenz Hess versuchte, mit einem Kompromissvorschlag die Differenzen zu beseitigen. Beim ersten Punkt, der Ausbildung, gab der Nationalrat nach. Beim zweiten Punkt, dem Deckel für die Provisionen, hätte der Ständerat nachgeben sollen. Doch das Manöver misslang am Dienstagmorgen in der Einigungskonferenz der beiden Räte.

Und so lautet der Vorschlag nun gleich wie jener des Ständerats: Die Regeln sollen für alle Vermittler gelten, die harte Variante setzte sich durch. Das kommt überraschend. Denn die Mehrheiten im Nationalrat für die weniger strenge Umsetzung waren deutlich, jene im Ständerat für die harte Linie äusserst knapp. In der Einigungskonferenz hätte rechnerisch die Nationalratsvariante obsiegen sollen.

Dass es anders kam, ist möglicherweise Kalkül: Die SVP wollte die Vermittlertätigkeit von Beginn an nie regulieren. Weil nun nur die Maximalvariante vorliegt, könnten auch andere Bürgerliche noch kippen. Sie könnten die Vorlage im Rat oder der Schlussabstimmung ganz versenken. Dafür spricht auch, dass in der Einigungskonferenz die Zahl der Enthaltungen angeblich grösser war als jene der Befürworter.

Hess findet, ein solcher Absturz wäre unschön. «Das Gesetz braucht es, damit sich alle Versicherer an die gleichen Regeln halten.» Die Gefahr eines Absturzes sei indes real. Die Branchenvereinbarung wäre in der Folge weiterhin freiwillig. Wodurch auch das Risiko wächst, dass angesichts der Ungleichbehandlung einzelne Krankenkassen wieder aussteigen.

Für die Versicherten hingegen würde dies bedeuten, dass die Telefonakquise weiterhin als lukratives Geschäftsmodell betrieben würde. Und das Telefon im Herbst wieder häufiger klingelt.

Kritik an Findung des Entscheids

Kampffjets Es ist ein Nachbeben zum Entscheid des Bundesrats für den amerikanischen F-35-Kampffjet. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats kritisierte die Art und Weise, wie das Verteidigungsdepartement (VBS) die Entscheidungsfindung gemanagt hatte. Viola Amherd habe den Bundesrat zu spät darüber informiert, dass der F-35 die Evaluation klar gewinne. Nun zahlt der Bundesrat mit ähnlicher Münze zurück. So «bedauert» er, dass Teile des GPK-Berichts vorzeitig an Medien gelangt seien. Solche Indiskretionen schaden dem Beschaffungsvorhaben als auch den Institutionen. Auch inhaltlich bockt der Bundesrat. Er lehnt einen zentralen Vorschlag der Oberaufsicht ab: Dass er bei Grossbeschaffungen Referenzen einholen soll, welche Erfahrungen andere Länder mit einem bestimmten System machen. Das brächte «keinen Mehrwert» und berge die Gefahr, dass «unterschiedlich eingebettete Systeme miteinander verglichen» würden. SP-Sicherheitspolitikerin Priska Seiler Graf zeigt sich irritiert. «In allen Bereichen holt man die entsprechenden Referenzen ein, und ausgerechnet bei diesem teuren Kampffjet-Kauf soll das nicht gut möglich sein.» (hay)

Leerlauf im Nationalrat: Schafft die Fragestunde ab!

Jede Woche steht die Regierung der grossen Kammer Red und Antwort auf allerlei Fragen. Der Aufwand dafür ist gross, das Publikum klein.

Stefan Bühler

Montag, 14.30 Uhr, Nationalratssaal. Erster Programmpunkt: Fragestunde.

Nationalratspräsident Martin Candinas begrüsst die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in wärmstem Rätoromanisch. Daneben steht Ueli Maurer freundlich bereit zur Beantwortung der ersten Frage. Sie ist von Barbara Steinemann: «Dürfen auch Hauseigentümer eine Reduktion des Eigenmietwertes vornehmen?», liest Candinas vor. Sein Blick geht in die Runde: «Frau Steinemann sehe ich nicht im Saal, dann gehen wir weiter.»

Steinemann ist nicht die einzige Abwesende. Auch rund zehn Minuten nach Beginn der Fragestunde sind die Reihen im Nationalratssaal immer noch arg gelichtet. Nur etwa jedes vierte Ratsmitglied ist im Saal.

Gemeinsam hüpfen für die Frauen-EM-Kandidatur

Lebendiger geht es zugleich auf dem Bundesplatz zu. Hier versammeln sich Fussballspielerinnen und rund zwei Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte, um für die «Europameisterinnenschaft 2025» in der Schweiz zu werben. Auf Anweisung der Fotografen hüpfen und jubeln sie begeistert.

Drinnen geben sich derweil die Regierungmitglieder die Klinke in die Hand: Sie tragen pflichtschuldigst die Antworten vor, welche die Verwaltung vorbereitet hat. 56 sind es diesmal. Ein aufwendiger Prozess, der



Nein, sie sind nicht alle am Schuhebinden: Bundesrat Guy Parmelin referiert am Montag im Bundeshaus in der Fragestunde des Nationalrats vor leeren Rängen.



Vorteil Fussball: Spielerinnen und rund zwei Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte werben auf dem Bundesplatz für die EM der Frauen 2025 in der Schweiz.

Bilder: Peter Klauzner/Keystone

von der Einreichung der Frage über die Bundeskanzlei in die Departemente, weiter in die Bundesämter bis hinab zu den Sektionen führt – und dann das Verwaltungsleiterli aufwärts wieder zurück.

Darunter gibt es rätselhafte Fragen. Etwa von Manuela Weichelt: «Zibben- und Eber-Statistiken ja. Ring-fencing-Statistik nein?» Aus der Antwort Guy Parmelins ergibt sich, dass es um die Umgehung von Sanktionen durch Schweizer Firmen gehen muss. Parmelin verneint diese Gefahr, er könne aber aus Datenschutzgründen keine Angaben zu Einzelfällen machen. Sicher ist: Ebergeniessen weniger Datenschutz als Firmen.

Maurers spektakuläre Rechnung – bleibt unerhört

Daneben wird Spektakuläres verkündet. So rechnet Ueli Maurer vor, dass mit der Zunahme der Elektrofahrzeuge, die zwecks Förderung von der Automobilsteuer befreit sind, «kumulierte Steuerausfälle in den Jahren 2025 bis 2030 von rund zwei Milliarden Franken» drohen. Bloss hört das nur eine Minderheit des Rats – und zu entscheiden gibt es sowieso nichts.

Vor halb leeren Rängen, mit Fragen aller Art und unerhörten Antworten wird die Fragestunde zum bürokratischen Leerlauf, der abgeschafft gehört. Unter diesen Voraussetzungen ist es tatsächlich sinnvoller, sich für die Frauen-EM ins Zeug zu legen. In diesem Sinne: Hopp Schwiiz!